

Das Konzept der „kulturellen Vielfalt“: Protektionismus oder Schutz vor kultureller Homogenisierung?

Georg Glasze & Aika Meyer

1 Einleitung: Globalisierung versus „kulturelle Vielfalt“?

Am 20. Oktober 2005 verabschiedete die 33. Vollversammlung der UNESCO mit großer Mehrheit eine Konvention zum „Schutz der kulturellen Vielfalt“ (UNESCO 2007). Die Befürworter der Konvention beschreiben diese als ein völkerrechtliches Schutzinstrument gegenüber einer ökonomisch vorangetriebenen kulturellen Globalisierung.

„Kulturelle Vielfalt“ ist in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts als politisches Konzept formuliert worden. Als wissenschaftliches und didaktisches Modell findet das Schlagwort „kulturelle Vielfalt“ in den letzten Jahren aber auch zunehmend Eingang in die Geographie. So bezeichnet der Verband der deutschen Schulgeographen in dem 2005 überarbeiteten Entwurf des Grundlehrplans Geographie die Vermittlung der „kulturellen Vielfalt der Menschheit“ als eines der grundlegenden Ziele des Geographieunterrichts (Verband Deutscher Schulgeographen 2005: 10). Die Kommission „Geographische Erziehung“ der Internationalen Geographischen Union (IGU) hat 2000 die Internationale Erklärung „Geographische Erziehung zur kulturellen Vielfalt“ publiziert, in welcher gefordert wird, das Konzept der kulturellen Vielfalt ins Zentrum geographischer Schulbildung zu stellen (IGU 2000).

In diesem Beitrag soll ein kritischer Blick auf das Schlagwort „kulturelle Vielfalt“ als politisches und didaktisches Konzept geworfen werden. Im ersten Teil (Kapitel 2) werden die Hintergründe der Debatte um die „kulturelle Globalisierung“ diskutiert. Es kann gezeigt werden, dass dabei Bilder entworfen werden, die eine Einebnung und Homogenisierung einer kulturell vielfältigen Welt durch die „Dampfwalze der nordamerikanischen Kulturindustrie“ skizzieren. Ein Kulturverständnis, das Kulturen als ganzheitliche Entitäten beschreibt, die von einer anderen Kultur „überrollt“ werden können, muss allerdings aus verschiedenen Gründen als problematisch beurteilt werden. Vor diesem Hintergrund muss auch die in der Geographie weit verbreitete Vorstellung, solche als Einheiten gedachte Kulturen an bestimmte Räume zu binden und damit Kultur und Raum in Kulturräumen zusammen zu denken, hinterfragt werden.

Hintergrund des politischen Konzepts „kulturelle Vielfalt“ sind Konflikte um die Regulierung bzw. Liberalisierung der Kulturwirtschaft (Kapitel 3). Staatliche Kulturpolitik greift in vielfacher Weise regulierend in die Kulturwirtschaft ein. Im Rahmen der Liberalisierung des Welthandels werden jedoch seit den 1980er Jahren Stimmen lauter, die viele dieser Regulationen als Protektionismus brandmarken und deren Abbau fordern. Gleichzeitig wird unter dem Schlagwort der „kulturellen Globalisierung“ vielfach eine Dominanz internationaler bzw. US-amerikanischer Kulturindustrien – beispielsweise auf dem Filmmarkt – als bedrohlich wahrgenommen. Kernstück der 2005 verabschiedeten UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt ist das Recht eines jeden Staats zu einer eigenständigen

Kulturpolitik. Die Kulturwirtschaft soll damit weitgehend einer Liberalisierung im Rahmen internationaler Handelsabkommen entzogen werden (Deutsche UNESCO-Kommission e. V. 2007). Negative Folgen einer „kulturellen Globalisierung“, vor allem eine befürchtete „Homogenisierung durch Amerikanisierung“, sollen damit eingedämmt werden. Gleichzeitig werden jedoch zumindest implizit Vorstellungen einer kulturräumlichen Gliederung der Welt reproduziert und auf dieser Basis teilweise letztlich protektionistische und nationalistische Politiken legitimiert (kritisch hierzu siehe z. B. DAGNAUD 2005).

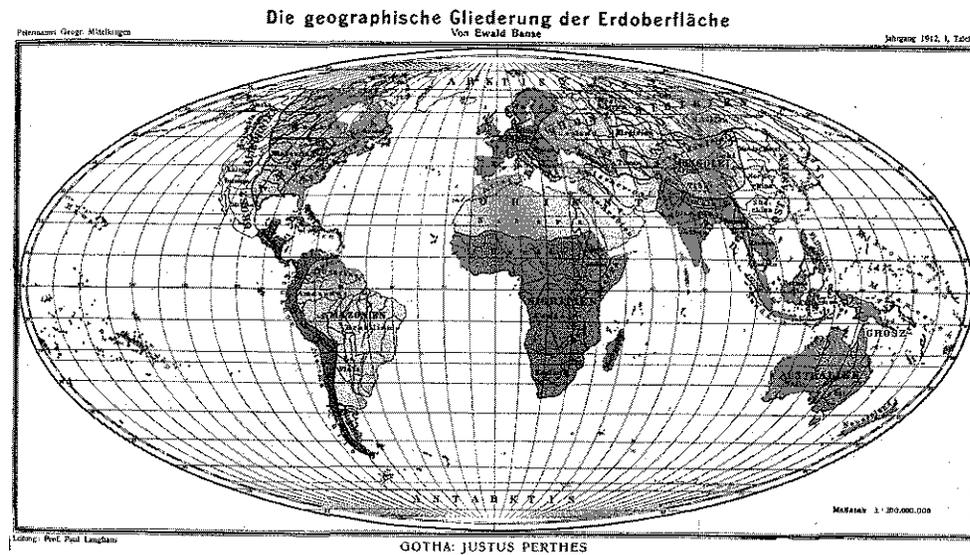
2 Die Welt: Ein Mosaik von Kulturen – bedroht durch Homogenisierung? Eine Kritik an der Vorstellung von Kulturräumen

Mit dem Begriff der kulturellen Globalisierung und dem der kulturellen Vielfalt werden häufig Vorstellungen einer Welt als Mosaik von Kulturen verbunden. Dieses Mosaik sei durch Homogenisierung bedroht. Es stellt sich die Frage, ob das Verhältnis von Kultur und Raum mit dem Bild eines Mosaiks von Kulturräumen sinnvoll beschrieben werden kann.

Seit den Anfängen der wissenschaftlichen Geographie im 19. Jahrhundert sind *Kultur* und *Raum* zentrale Kategorien, welche Forschungsobjekte bzw. Perspektiven des Fachs konstituieren. Die Verknüpfung von *Kultur* und *Raum* in „Kulturräumen“ ist allerdings keine Erfindung der Geographie; sie ist vielmehr in einen breiten bildungsbürgerlichen Diskurs eingebettet, der im 19. und frühen 20. Jahrhundert auch in anderen Disziplinen und gesellschaftlichen Bereichen seinen Niederschlag fand. Nationale Geschichtsschreibung, nationale Geographie, Völkerkunde und Nationalliteratur spielten eine wichtige Rolle bei der Konstitution der Vorstellung von Nationen (in sensu „imagined communities“, ANDERSON 1996), die in der Geschichte und mit einem spezifischen Territorium verwurzelt sind. Eine Vorstellung, die zudem vielfach zur Legimitation territorialer Ansprüche herangezogen wurde und wird. Vor dem Hintergrund der „Erschließung“ der außereuropäischen Welt durch die europäischen Kolonialmächte stießen beispielsweise Entwürfe einer weltumspannenden Gliederung von Kulturräumen, wie sie von Geographen wie EWALD BANSE vorgelegt wurden, auf großes Interesse (BANSE 1912; 1915). Kultur wurde dabei als Entität gedacht und Menschen als Elemente einer Kultur verstanden (*Abbildung 44*).

Im 20. Jahrhundert wurde mit der voranschreitenden Industrialisierung und den damit einhergehenden gesellschaftlichen Modernisierungen die Kategorie Kultur zunächst durch Kategorien sozialwissenschaftlicher Herkunft wie Klasse, Schicht oder sozioökonomische Klassifizierungen verdrängt. Damit einher ging eine neue Gliederung der Welt. „Weltregionen“ wurden jetzt nach dem Grad ihrer Modernisierung als Industrie- und Entwicklungsländer bzw. nach ihrem sozio-politischen System als die „freie Welt“ oder als die „sozialistische“ oder „kommunistische“ Welt differenziert. Zusammen gedacht wurden diese beiden Schemata im Dreiweltenmodell von Erster, Zweiter und Dritter Welt. Dies Schema fand sich dann auch in den Lehrplänen für den Erdkundeunterricht (GLASZE & THIELMANN 2006) wieder.

Abbildung 44: E. BANSE: Die Geographische Gliederung der Erdoberfläche



Quelle: Petermanns Geographische Mitteilungen (1912), 1, Tafel 1.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Zweiteilung in eine „freie“ und in eine „sozialistische“ Welt obsolet. Im Schema der Ersten, Zweiten und Dritten Welt entfiel die Zweite Welt. Vor diesem historischen Hintergrund entfaltete sich seit den 1990er Jahren ein Diskurs, der das Bild eines „globalen Dorfes“ („global village“, MCLUHAN 1986) zeichnete. Gleichzeitig verstärkte sich mit Schlagworten wie der „McDonaldisierung“ (RITZER 2000), der „Cocacolisierung“ oder der „Hollywoodisierung“ die Vorstellung einer „Amerikanisierung“, d. h. einer weltweiten kulturellen Homogenisierung unter amerikanischer Dominanz.

Nur wenige Jahre später kam es seit Mitte der 1990er Jahren zur (erneuten) Verbreitung von Schemata, welche die Welt als kulturell und räumlich fragmentiert fassen. Rasch popularisiert wurde insbesondere das Schlagwort eines „clash of civilizations“ (dt. „Kampf der Kulturen“) des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers SAMUEL HUNTINGTON (HUNTINGTON 1996). Als didaktisches Modell findet das Konzept von Kulturräumen in neuen Schulbüchern (wieder) Verwendung¹ (siehe Abbildung 45).

¹ Das Modell wurde in diesem Schulbuch ergänzt mit Fotos von „typischen“ Bewohnern des jeweiligen Kulturerdrückes; zur Kritik der Verwendung des Kulturräumkonzepts im Erdkundeunterricht siehe ausführlicher RHODE-JÜCHTERN (2004: 62ff.) sowie WOLKERSDORFER (2006).

Abbildung 45: Anwendung des Kulturerdraumkonzepts nach HUNTINGTON im Schulbuch GEOS, Klasse 7/8



Quelle: BARTH & RICHTER 1999: 25.

Spätestens nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde die Gegenüberstellung von kultureller Globalisierung und kulturell fragmentierter Welt zu einem hegemonialen Schema, mit dem die Entwicklung der Welt erklärt und verstanden wird. Warum aber greift die Gegenüberstellung einer Homogenisierungs- und einer Fragmentierungsthese, die von dem amerikanischen Politikwissenschaftler BARBER etwas reißerisch als „Jihad vs. McWorld“ (BARBER 1996) betitelt wurde, zu kurz?

Der Vorstellung der Welt als Mosaik von Kulturen liegt eine Idee von Kultur zugrunde, die Kulturen „essentialisiert“, diese also als wesentliche Entitäten betrachtet (siehe z. B. kritisch dazu WAGNER 2002). In den Sozial- und Kulturwissenschaften hat sich demgegenüber seit einigen Jahren auf breiter Front die Erkenntnis durchgesetzt, dass kulturelle Differenzen nicht naturgegeben sind, sondern permanent sozial produziert und reproduziert werden. Dies bedeutet nicht, dass es keine kulturellen Differenzen gäbe, sondern dass die vielfältigen und sich wandelnden kulturellen Praktiken ins Blickfeld kommen sollten und dass der Blick darauf nicht durch die Vorstellung von Kulturen als ganzheitliche Entitäten verstellt werden darf. So ist die Idee einer Verräumlichung von Kultur im Grundsatz problematisch, da mit dem Konzept der Kulturräume kulturelle Unterschiede als „Container“ gedacht und allen Elementen im Container die gleichen Eigenschaften zugeschrieben werden. Das Verständnis für die komplexen kulturellen Praktiken von Menschen wird mit einem solchen Konzept erschwert. Hinzu kommt, dass sich vor dem Hintergrund internationaler Mobilität (Migration, Tourismus) und der zunehmenden Verfügbarkeit elektronischer Medien die Bindung kultureller Praktiken an bestimmte Räume löst und immer mehr kulturelle Praktiken zu Bestandteilen eines globalen Kulturangebots werden.

Dies bedeutet nicht, dass das Verhältnis von Kultur und Raum unwichtig und belanglos bzw. kein „geographisches Thema“ wäre. Im Gegenteil, gerade die Erkenntnis, dass kulturelle Differenzen nicht einfach gegeben sind, sondern permanent reproduziert und dabei immer wieder verräumlicht werden, macht deutlich, wie wichtig der kritische Blick auf diese Reproduktionen ist. So kann die Betonung kultureller Differenzen seit Mitte der 1990er Jahre als Reaktion auf eine als bedrohlich wahrgenommene „Globalisierung“ verstanden werden. Die enorme Verbreitung des Schlagworts „kulturelle Vielfalt“ und seine Ausformulierung als politisches und didaktisches Konzept müssen vor diesem Hintergrund analysiert werden.

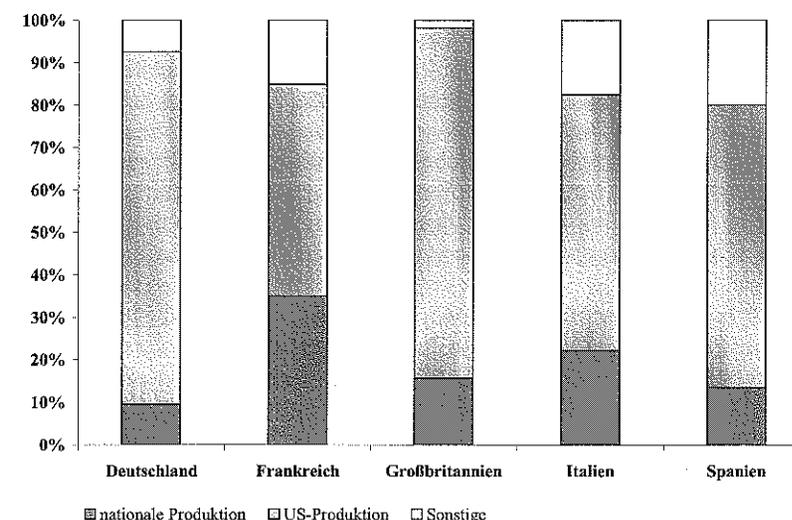
3 Das politische Konzept „kulturelle Vielfalt“

3.1 Zur Dominanz der internationalen Kulturindustrien: das Beispiel Film und (national-) staatliche Kulturpolitik

Die Kulturwirtschaft ist einer der am schnellsten wachsenden Bereiche der Weltwirtschaft. Wie Statistiken der UNESCO zeigen, verdoppelte sich beispielsweise zwischen 1994 und 2002 das Handelsvolumen kultureller Güter. Dabei konzentriert sich die Kulturwirtschaft fast ausschließlich auf die G8-Staaten – nur einige asiatische Staaten wie China, Indien und Indonesien partizipieren als Exporteure am Wachstum dieser Branche (METZE-MANGOLD & MERKEL 2006: 363).

Ein eindrucksvolles Beispiel für die Ungleichgewichte auf dem internationalen Markt der Kulturwirtschaft sind die Filmmärkte. In vielen Ländern ist eine Dominanz der US-amerikanischen Filmindustrien zu vermerken: So liegt in allen europäischen Ländern der Marktanteil von Filmen aus den USA deutlich über demjenigen heimischer Produktionen. 2002 wurden beispielsweise mehr als 80 % der Einkünfte in deutschen Kinosälen mit US-amerikanischen Filmproduktionen erzielt, wohingegen der Marktanteil deutscher Produktionen nur bei 9,5 % lag (ebd.; siehe *Abbildung 46*).

Abbildung 46: Marktanteile der Filmproduktionen in den großen EU-Staaten (2002)



Quelle: Observatoire Européen de l'Audiovisuel 2003

Quelle: HOLTZ-BACHA 2006: 286.

Es gibt verschiedene Gründe bzw. Erklärungsansätze für diese Dominanz US-amerikanischer Produktionen: Zum einen bieten ein großer englischsprachiger Absatzmarkt, eine hohe Marktorientierung (Filme als Wirtschafts- und nicht als Kulturgut) und eine regionale Konzentration der Filmindustrie auf den Standort Los Angeles (die wenig ausgeprägte vertikale Integration des audiovisuellen Sektors führt zu hoher Konkurrenz und niedrigen Produktionskosten) deutliche Wettbewerbsvorteile. Zum anderen sind die Filmmärkte in Europa von einer starken Zersplitterung geprägt, die vor allem aufgrund der Vielzahl der Sprachen und des so genannten „Cultural Discounts“ die Vermarktung erschwert. Cultural Discount bezeichnet das Phänomen, dass ein Film deshalb in anderen Ländern wenig Erfolg hat, weil dem Publikum die Identifikation mit Handlungsorten, Inhalten und Personen schwer fällt (HOLTZ-BACHA 2006: 283ff.).

In Frankreich liegt der Marktanteil französischer Filme im Vergleich zu anderen europäischen Ländern vergleichsweise hoch und zwar bei 35 % (vgl. *Abbildung 46*). Hintergrund dieser Sonderstellung ist die traditionell stark ausgebaute nationale Filmförderungs politik. Anliegen nationaler Filmförderung ist es, die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der nationalen Filmproduktionen zu sichern. Gefördert werden Filme, die geeignet scheinen, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des nationalen Films (Filmförderungsanstalt 2007) zu verbessern und an deren Produktionen in einem bestimmten Umfang „Inländer“ bzw. Landessprachige beteiligt sind (Europäische Audiovisuelle Informationsstelle 2001: 3). Zur Finanzierung der Filmförderung werden in Frankreich spezielle Abgaben pro Kinokarte erhoben (ca. 11 % des Eintrittspreises). Hinzu kommt eine Verpflichtung für die Fernsehsender, im Verhältnis zu ihrem Umsatz jährlich in die Filmproduktion zu investieren. In Deutschland gibt es ebenfalls einen Filmförderungsfond, der von Bund und Ländern in

Form von bedingt rückzahlbaren und zinslosen Darlehen getragen wird. Die Filmförderungsanstalt (FFA) erhebt darüber hinaus von den Filmtheaterbetreibern und Videoprogrammanbietern eine Filmabgabe (zwischen 1,8 und 3 % des Jahresumsatzes). Die Fernsehanstalten verpflichten sich ihrerseits, Gelder für die Förderung von Filmen zur Verfügung zu stellen. Von der FFA werden Filme gefördert, die „einen Bezug zu Deutschland“ (Europäische Audiovisuelle Informationsstelle 2001: 2) haben, sei es im Hinblick auf die Verwendung der deutschen Sprache, der Herkunft der an der Produktion beteiligten Personen und Unternehmen oder der Drehorte.

Filmförderung ist ein Beispiel für staatliche Kulturpolitik. Das Anliegen des Staats ist dabei der Schutz so genannter „nationaler Kulturen“ bzw. „nationaler Kulturgüter“. Hintergrund der staatlichen Kulturpolitik ist nicht zuletzt die Tatsache, dass der Kulturproduktion eine wichtige Rolle bei der Reproduktion der vorgestellten Gemeinschaft „Nation“ zugemessen wird.

Grundsätzlich hat der Staat zahlreiche Möglichkeiten, Schutz- und Steuerungsinstrumente einzusetzen: So können Subventionen gewährt werden wie in der Filmförderung oder für öffentliche Theater und Museen. Die Aus- und Einfuhr von Kulturgütern kann reguliert werden. Für bestimmte Märkte können Teilmonopole gewährt werden, wie beispielsweise bis vor wenigen Jahren für den öffentlichen Rundfunk in Deutschland. Oder es können Quoten verordnet werden, wie beispielsweise in Frankreich, so dass die Rundfunksender verpflichtet sind, eine Mindestquote an Musiktiteln französischer Sprache zu senden.

3.2 Zur Liberalisierung des Kulturbereichs in internationalen Handelsabkommen und zur Etablierung des Konzepts kultureller Vielfalt

Seit den 1980er Jahren geraten die staatlichen Regulationen des Kulturbetriebs zunehmend in den Fokus der Bemühungen um eine Liberalisierung des Welthandels, wie er von der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) angestrebt wird. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) einen multilateralen Rahmen für den internationalen Handel dar. Bis 1994 wurden in insgesamt acht Verhandlungsrunden immer weitere Bereiche in das GATT integriert. Heute werden die Verhandlungen unter dem Dach der 1995 im Anschluss an die Uruguay-Runde (1986–1994) neu geschaffenen Welthandelsorganisation (WTO) geführt, die auch die Einhaltung der bisherigen Verträge überwachen soll. Diese achte und letzte bislang abgeschlossene Verhandlungsrunde bezog zum ersten Mal auch Dienstleistungen und geistige Eigentumsrechte in die Verhandlungen ein (KRAJEWSKI 2005: 5ff., METZE-MANGOLD & MERKEL 2006: 368ff.).

Ebenfalls am Ende der Uruguay-Runde wurde 1995 das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) verabschiedet. Das GATS gilt für den Handel mit Dienstleistungen, den Konsum von Dienstleistungen im Inland sowie die Erbringung von Dienstleistungen durch ausländische Investoren. Die Vereinbarung enthält zum einen allgemeine Verpflichtungen, die für alle Vertragspartner und Mitglieder gelten, zum anderen spezifische Verpflichtungen bzw. Zugeständnisse, die nur dann zum Tragen kommen, wenn sich die Mitglieder dazu explizit verpflichtet haben. Zu den allgemeinen Verpflichtungen gehört das Meistbegünstigungsprinzip. Es verpflichtet alle Vertragsstaa-

ten, gleichartige Dienstleistungen und Dienstleistungserbringer aus den WTO-Staaten gleich zu behandeln. Davon konnten die Staaten einmalig bei der Gründung der WTO einzelne Bereiche in so genannten Negativlisten ausnehmen. Daneben gibt es auch Positivlisten, die die Staaten dazu verpflichten, den Zugang zu ihren Märkten nur in dem Umfang und für die Bereiche öffnen, auf die sie sich in den GATS verständigt haben. Gleiches gilt für die so genannte Inländerbehandlung, die vorsieht, ausländische Anbieter auf dem heimischen Markt wie Inländer zu behandeln. Wenn sich ein Mitgliedsland in einem Bereich für Marktzugang und Inländerbehandlung bereit erklärt hat, dürfen in diesem Bereich keine Monopole oder Quoten mehr etabliert werden – eine Rücknahme einer erfolgten Öffnung ist grundsätzlich an Kompensation gebunden (ebd.).

Von den Befürwortern des GATS werden die Positivlisten als Flexibilitätsbeweis angesehen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die WTO-Mitglieder explizit zu einer fortschreitenden Öffnung weiterer Segmente in weiteren Verhandlungsrunden verpflichtet sind. Dies heißt, dass es eine Tendenz gibt, immer weitere Bereiche dem offenen Marktzugang und der Inländerbehandlung zu unterwerfen. Verschiedene Instrumente staatlicher Kulturpolitik können deshalb schnell in Widerspruch zum GATS geraten. Quotenregelungen in Radio und Fernsehen verstoßen beispielsweise eindeutig gegen das Inländerprinzip. Streng genommen unterliegen sogar öffentlich geförderte Kultureinrichtungen wie städtische Theater oder Orchester den Anforderungen des GATS, da sie zumindest teilweise in Konkurrenz zu privaten Anbietern stehen, aber meist eine finanzielle Unterstützung durch Kommunen oder staatliche Einrichtungen erhalten (ebd.).

Vielfach zitiertes Beispiel für die aus Sicht vieler Kritiker negativen Konsequenzen des GATS ist eine gescheiterte Quotenregelung der neuseeländischen Regierung für den neuseeländischen Rundfunk Ende der 1990er Jahre: In den 1980er Jahren hatte die neuseeländische Regierung eine Politik der Deregulierung und des freien Marktes verfolgt. Sie war daher auch im Bereich des Rundfunks eine Reihe von Verpflichtungen im GATS eingegangen. Angesichts der rapide gesunkenen Marktanteile neuseeländischer Produzenten war nach einem Regierungswechsel Ende der 1990er Jahre eine Quotenregelung für den Rundfunkbereich angestrebt worden. Nachdem aber die USA mit einer Klage bei der WTO und mit Kompensationsforderungen gedroht hatten, musste die Regierung ihre Pläne zurückziehen (METZE-MANGOLD & MERKEL 2006: 373).

Das Ziel der Europäischen Gemeinschaft bestand darin, im Rahmen der Uruguay-Runde sicherzustellen, dass einzelstaatliche und europäische Regelungen für den audiovisuellen Bereich aus dem GATS ausgenommen werden. Insbesondere die französische Regierung und der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors setzten sich mit dem Schlagwort der „exception culturelle“, der kulturellen Sonderstellung, erfolgreich für die Herausnahme des audiovisuellen Bereichs aus den Verhandlungen ein. So gelang es der Europäischen Gemeinschaft, gegen den Widerstand der USA den Erhalt von Sendequoten im Radio und die europäischen Förderprogramme für Produktion und Vertrieb von Fernseh- und Filmproduktionen festzuschreiben (REGOURD 2004).

Strittig ist allerdings, ob diese Ausnahmen von der Meistbegünstigung zeitlich begrenzt sind. Prinzipiell liegen für die Befürworter der Marktliberalisierung diese Bereiche weiterhin im Aufgabenfeld des GATS. So haben in der laufenden Verhandlungsrunde, der 2001 begonnenen und im Sommer 2006 vorläufig gescheiterten Doha-Runde, zahlreiche Länder Forderungen nach Aufhebung dieser europäischen Regelungen erhoben. Das Konzept der „exception culturelle“ wurde dabei international oft als eurozentrischer oder auch

als spezifisch französischer Protektionismus wahrgenommen, der einzig auf einen Schutz der europäischen Märkte vor den Produkten der US-amerikanischen Kulturindustrie abziele. Vor diesem Hintergrund hat die Regierung Frankreichs mit Unterstützung Kanadas seit Ende der 1990er Jahre das Konzept der „diversité culturelle“, der kulturellen Vielfalt, propagiert. Die Zielsetzung der Begriffsänderung war eindeutig: *Zum einen* sollte dem Bemühen Ausdruck verliehen werden, einen anthropologischen Kulturbegriff in die internationale Debatte einzubringen. Kultur sollte nicht nur als Ware, sondern auch als identitätsstiftende Praxis betrachtet werden. *Zum anderen* war damit die Hoffnung verbunden, dass ein Begriff, der an die positiv besetzte ökologische Vielfalt anknüpft, in der Lage sein würde, eine größere Koalition zu schmieden. Und tatsächlich gelang es den beiden Regierungen, Frankreich und Kanada, Schritt für Schritt eine Allianz für eine internationale Konvention für kulturelle Vielfalt zu gewinnen. So wurde der Begriff zu einem Leitwort der Internationalen Organisation der Frankophonie – einem Zusammenschluss von mehr als 50 Staaten (TRÉAN 2005; GLASZE 2007). Kanada etablierte außerdem eine Koalition mit zahlreichen weiteren Ländern des Südens und auch die Europäische Gemeinschaft schloss sich dem Unterstützerkreis an (METZE-MANGOLD & MERKEL 2006: 362ff.).

Gegen den Widerstand der USA, die 2003 nach 19 Jahren Abwesenheit ihre aktive Mitarbeit in der UNESCO wieder aufgenommen hatten, verabschiedete die Vollversammlung der UNESCO 2005 schließlich eine Konvention für den „Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“. Es ist das erste Abkommen, das den „Doppelcharakter von Kulturgütern als Ware und als [kulturelle] Sinnträger“ (METZE-MANGOLD & MERKEL 2006: 362) definiert und die Berechtigung nationalstaatlicher Kultur- und Medienpolitik gegen die Liberalisierungsbestrebungen der WTO absichern soll:

„Die Ziele dieses Übereinkommens sind, (...) die besondere Natur von kulturellen Aktivitäten, Gütern und Dienstleistungen als Träger von Identität, Werten und Sinn anzuerkennen; (...) das souveräne Recht der Staaten zu bekräftigen, die Politik und die Maßnahmen beizubehalten, zu beschließen und umzusetzen, die sie für den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in ihrem Hoheitsgebiet für angemessen erachten (...)“ (Deutsche UNESCO-Kommission 2007: Kapitel I, Artikel 1).

Besonders umstritten war dabei die Stellung der Konvention bezüglich des Regelwerks der WTO. Der nach langen Verhandlungen erreichte Kompromiss sieht nun vor, dass eine widerspruchsfreie Eingliederung der Konvention in bestehende Regelungen angestrebt wird und die Vertragsstaaten aufgefordert werden, die Konvention zu berücksichtigen, wenn sie andere internationale Verträge interpretieren bzw. anwenden. Mit dieser Formel wurde eine Blockade der Konvention durch wichtige Staaten verhindert; zugleich bleibt damit aber der grundsätzliche Konflikt mit dem GATS bestehen. Die Praxis der nächsten Jahre wird zeigen, welche Wirkung die in ihren Formulierungen recht allgemein gehaltene Konvention entfalten kann. Schon während der Verhandlungen zur Doha-Runde ist deutlich geworden, dass zahlreiche Delegationen zunehmend für die Anliegen der Konvention sensibilisiert sind (VON SCHORLEMER 2005).

Die Förderung und der Schutz kulturwirtschaftlicher Produktionen eines Staats oder einer Region dienen letztlich immer auch politischen Interessen – insbesondere der Reproduktion einer „imagined community“ und damit der Legitimation politischer Gemeinschaften (wie einer regionalen, nationalen oder supranationalen Gemeinschaft). Indem semantisch an die „ökologische Vielfalt“ angeknüpft wird und „kulturelle Vielfalt“ damit als eine

nicht hinterfragbare Norm etabliert wird, werden (geo-)politische Interessen als quasi-naturegegeben legitimiert und damit der politischen Auseinandersetzung entzogen.

Die Paradoxien der politischen Debatte in Frankreich weisen auf eine solche zumindest teilweise strategisch-geopolitische Verwendung des Begriffs „kulturelle Vielfalt“ hin: Während die französische Regierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts international zu der treibenden Kraft hinter dem politischen Konzept der „kulturellen Vielfalt“ wurde, dabei vom gesamten etablierten politischen Spektrum in Frankreich unterstützt wurde² und die Verabschiedung der UNESCO-Konvention vielfach als diplomatischer Sieg für Frankreich beurteilt wird (MUSITELLI 2006), stößt innenpolitisch die Anerkennung unterschiedlicher kultureller Ausdrucksformen auf zahlreiche Schwierigkeiten. So hat Frankreich im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Ländern die Europäische Charta zum Schutz der Regionalsprachen bis heute nicht unterzeichnet (JENS DOTIR 2002: 174f.). 1992 wurde sogar in der französischen Verfassung verankert, dass Französisch die Sprache der Republik ist, was *de facto* den Regionalsprachen in Frankreich die politische Legitimation entzogen hat.

4 Fazit: „Kulturelle Vielfalt“ als Thema der Geographie

Mit der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt wurde erstmals völkerrechtlich der Doppelcharakter von Kulturgütern festgeschrieben – als Ware und als Sinnträger. Damit können Maßnahmen der Kulturpolitik einer Liberalisierung im Zuge internationaler Handelsabkommen entzogen werden. Die Befürworter der Konvention feiern dies als Sieg der „kulturellen Vielfalt“ gegenüber der Bedrohung durch eine US-amerikanisch dominierte und homogenisierende Globalisierung.

Wie gezeigt, verbindet sich mit dem Konzept der „kulturellen Vielfalt“ vielfach die Vorstellung einer Welt als „Flickenteppich“ territorial abgrenzbarer und klar unterscheidbarer Kulturen. Die räumliche Beschreibung von kulturellen Unterschieden ist einerseits inhaltlich unbefriedigend. Andererseits ist sie politisch problematisch, weil damit vielfach Herrschaftsansprüchen eine vermeintlich unhinterfragbare Legitimation verliehen wird.

Letztlich ist es ein kaum überwindbares Problem, dass der Schutz von Kulturgütern und Dienstleistungen im kulturellen Sektor fast immer auf politische Territorien bezogen wird, in erster Linie auf nationalstaatlicher Ebene (beispielsweise Förderung des nationalen Filmmarktes), aber auch auf einer sub- oder suprastaatlichen regionalen Ebene (bspw. Förderung von Ideen einer europäischen Identität). Inwieweit das politische Konzept „kulturelle Vielfalt“ daher als Schutz bedeutungstragender kultureller Güter und damit als Schutz spezifischer Identitäten interpretiert werden kann oder als Legitimation für regionalistische bzw. nationalistische und protektionistische Politikziele zu lesen ist, muss eine kritische Auseinandersetzung mit der Verwendung des Schlagworts „kulturelle Vielfalt“ immer wieder neu herausarbeiten und kritisch abwägen.

² Als ein Beispiel für viele: CHIRAC, JACQUES (2003): *France: un soutien constant à la spécificité de la culture*. Rede am 2. Februar 2003 im Elyseepalast.

Literatur

- ANDERSON, BENEDICT (1996): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London, Verso.
- BANSE, EWALD (1912): Geographie. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen* 58 (1912): 1–4, 69–74, 128–131.
- BANSE, EWALD (1915): Kleine Mitteilungen. Erdteile und Milieu. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen* 61 (1915): 106–107.
- BARBER, BENJAMIN R. (1996): *Jihad vs. McWorld*. New York, Ballantine Books.
- BARTH, LUDWIG & DIETER RICHTER (Hrsg.) (1999): *GEOS. Lehrbuch Geographie*, Klasse 7/8. Ausgabe Thüringen. Berlin, Volk und Wissen Verlag.
- DAGNAUD, MONIQUE (2005): Exception culturelle: une politique peut en cacher une autre. In: *Le Débat* 134 (März–April): 115–128.
- Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (2007): *Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen*. Internet: http://www.unesco.de/konvention_kulturelle_vielfalt.html (31.01.2007).
- Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (2001): *Nationale Filmproduktionsförderung: Merkmale und Trends rechtlicher Gestaltung*. Rechtliche Rundschau der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle. Internet: http://www.obs.coe.int/oea_publ/iris/iris_plus/iplus4_2001.pdf (31.01.2007).
- Filmförderungsanstalt (2007): *Homepage der Filmförderungsanstalt, Förderbereiche*. Internet: <http://www.ffa.de> (31.01.2007).
- GLASZE, GEORG (2007): The discursive constitution of a world-spanning region and the role of empty signifiers: the case of Francophonie. In: *Geopolitics*, in print.
- GLASZE, GEORG & JÖRN THIELMANN (2006): Einführung: Zum Verhältnis von Kultur und Raum. In: GLASZE, GEORG & JÖRN THIELMANN (Hrsg.): *„Orient“ versus „Okzident“? Zum Verhältnis von Kultur und Raum in einer globalisierten Welt*. (= Mainzer Kontaktstudium Geographie 10). Mainz, Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Mainz: 1–7.
- HOLTZ-BACHA, CHRISTINA (2006): *Medienpolitik für Europa*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HUNTINGTON, SAMUEL P. (1996): *Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* = The clash of civilizations. Frankfurt am Main, Büchergilde Gutenberg.
- Internationale Geographische Union (2000): *Internationale Erklärung: Geographische Erziehung zur kulturellen Vielfalt*. Internet: http://www.erdkunde.com/info/decl_cultl_d.htm. (30.01.2007).
- JENSDOTTIR, REGINA (2002): Qu'est ce que la Charte européenne des langues régionales ou minoritaires? In: *Hérodote* 105: 169–177.
- KRAJEWSKI, MARKUS (2005): Auswirkungen des GATS auf Instrumente der Kulturpolitik und Kulturförderung in Deutschland. Potsdam. Rechtsgutachten erstellt im Auftrag der Deutschen UNESCO-Kommission. Internet: http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kultur/kkv/kkv_gutachten.pdf (30.01.2007).
- MCLUHAN, MARSHALL (1986): *The Gutenberg galaxy: the making of typographic man*. Toronto, University of Toronto Press.
- METZE-MANGOLD, VERENA & CHRISTINE M. MERKEL (2006): Magna Charta der internationalen Kulturpolitik. In: *Media Perspektiven* 7: 362–373.
- MUSITELLI, JEAN (2006): La Convention sur la diversité culturelle: anatomie d'un succès diplomatique. In: *La revue internationale et stratégique* 62 (été): 11–22.
- REGOURD, SERGE (2004): *De l'exception à la diversité culturelle*. (= Problèmes politiques et sociaux, 904). Paris.
- RHODE-JÜCHTERN, TILMAN (2004): *Derselbe Himmel, verschiedene Horizonte. Zehn Werkstücke zu einer Geographiedidaktik der Unterscheidung*. Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien.
- RITZER, GEORGE (2000): *The McDonaldization of Society*. Thousand Oaks, Pine Forge Press.
- SCHORLEMER VON, SABINE (2005): Die Harmonisierung von GATS und dem UNESCO-Übereinkommen zur kulturellen Vielfalt als völkerrechtliche Herausforderung. In: *UNESCO heute* 52 (1): 49–55.
- TREAN, CLAIRE (2005): La défense de la diversité culturelle fédère et élargit la communauté francophone. In: *Le Monde* 20./21. März 2005: 3.
- UNESCO (2007): *Cultural diversity*. Internet: http://portal.unesco.org/culture/en/ev.php-URL_ID=2450&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html (31.01.2007).
- Verband Deutscher Schulgeographen (2005): *Grundlehrplan Geographie. Ein Vorschlag für den Geographieunterricht der Klassen 5 bis 10*. Internet: http://www.erdkunde.com/vdsg_lv/sh/ghp2005_neu.pdf (30.01.2007).
- WAGNER, BERND (2002): Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies. In: *Politik und Zeitgeschichte* 12: 10–18.
- WOLKERSDORFER, GÜNTHER (2006): Das Konzept der Kulturerdteile und der „Kampf der Kulturen“. In: GLASZE, GEORG & JÖRN THIELMANN (Hrsg.): *„Orient“ versus „Okzident“? Zum Verhältnis von Kultur und Raum in einer globalisierten Welt*. (= Mainzer Kontaktstudium Geographie 10). Mainz, Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Mainz: 9–17.

Bibliografische Information der deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Herausgegeben mit freundlicher Unterstützung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie
des Wilhelm Merton-Zentrums für europäische Integration und internationale Wirtschaftsordnung
der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Wir widmen diesen Band Herbert Dittgen.

Für Herbert Dittgen

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Schindler

Redaktionelle Bearbeitung: Katrin Kurten

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Ver-
vielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk
berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sin-
ne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von
jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16261-4

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	11
Tabellenverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	14
Vorwort	17
Facetten der Globalisierung: Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur	19
1 Homogenisierung oder Ausdifferenzierung als Entwicklungstendenz einer sich globalisierenden Welt?	19
2 Theoretische Ansätze und empirische Diagnosen: Die Beiträge in diesem Band	20
3 Globalisierungsforschung und Interdisziplinarität	25
Der Mythos vom globalen Dorf: Zur räumlichen Differenzierung des Globalisierungsniveaus	28
1 Einleitung	28
2 Homogenität versus räumliche Differenzierung	30
2.1 Thesen einer homogenen Globalisierung	30
2.2 Thesen einer räumlichen Differenzierung	33
3 Theoretische Konzeptualisierung des Phänomens Globalisierung	35
3.1 Definition von Globalisierung	35
3.2 Konzeptionelle Gliederung	36
3.3 Theoretische Konzepte zur Erklärung von Globalisierungsprozessen	39
3.4 Ableitung der Thesen	41
4 Räumliche Differenzierung des Globalisierungsniveaus	43
4.1 Zur empirischen Erfassung des Globalisierungsniveaus	43
4.2 Räumliche Differenzierung anhand von Beispielindikatoren	45
4.2.1 Auslandsdirektinvestitionen	45
4.2.2 Außenhandel	48
4.2.3 Internationaler Telefonverkehr	51
4.2.4 Internetnutzer	54
4.2.5 Internationale Luftfahrtpassagiere	57
4.2.6 Internationaler Tourismus	60
4.3 Fazit	63

5	Prüfung der Zusammenhänge zwischen Globalisierung und Wohlstand/ Entwicklung sowie zwischen Globalisierung und Freiheit	65
6	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	71
Der Beitrag der komparativen Kostenvorteile zur Globalisierungsdebatte: Müssen sich die Lohnkosten in Deutschland dem internationalen Niveau anpassen?		
80		
1	Globalisierung als wirtschaftliches und gesellschaftliches Phänomen.....	80
2	Die Theorie der komparativen Kostenvorteile	81
3	Grundannahmen und kritische Betrachtung des Modells.....	82
4	Die Relevanz von RICARDOS Theorie in der Außenhandelstheorie	85
5	RICARDOS Modell und die deutsche Volkswirtschaft.....	90
6	Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen.....	91
7	Zusammenfassung	94
Die Ausbreitung der Demokratie – eine Komponente der Globalisierung?		
96		
1	Entwicklung der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung	96
2	Entstehungsbedingungen von Demokratie – Innerstaatliche Einflüsse	97
3	Entstehungsbedingungen von Demokratie im Zeitalter der Globalisierung.....	98
3.1	<i>Ist Demokratie ansteckend? Diffusion von Demokratie.....</i>	99
3.2	<i>Freier Handel, freie Bürger? Ökonomische Globalisierung und Demokratie.....</i>	101
3.3	<i>Installation von Demokratie? Mechanismen und Agenten der Demokratieförderung.....</i>	106
4	Perspektiven der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung	112
Globalisierung und Umweltregieren: Die Konvergenz von Politiken in der OECD-Welt.....		
117		
1	Einleitung	117
2	Theoretischer Rahmen.....	117
3	Forschungsfragen und Forschungsdesign.....	119
3.1	<i>Politikauswahl und Datengrundlage</i>	120
3.2	<i>Länderauswahl und Zeitrahmen</i>	122
4	Empirische Analyse nationaler Umweltpolitiken.....	123
4.1	<i>Zu Forschungsfrage 1: Konvergenz nationaler Politiken.....</i>	123
4.2	<i>Zu Forschungsfrage 2: Aufwärtsbewegung bei den Umweltstandards</i>	130
4.3	<i>Zu Forschungsfrage 3: Aufholprozesse zwischen Staaten.....</i>	133

4.4	<i>Zu Forschungsfrage 4: Internationale Zusammenarbeit erhöht das Regulierungsniveau.....</i>	135
5	Zusammenfassung der Ergebnisse	137
Globalisierung und Tourismus: Paradiese unter Palmen auf Kosten der Armen?....141		
1	Tourismus zum Vor- oder Nachteil der Dritten Welt?	141
2	Globalisierung des Tourismus.....	142
2.1	<i>Einbindung der Entwicklungsländer in den internationalen Tourismus</i>	145
2.2	<i>Wirtschaftliche Relevanz des internationalen Tourismus für die Entwicklungsländer.....</i>	148
3	Wirtschaftliche Auswirkungen des Entwicklungsländertourismus: Ausbeutung und Neokolonialismus?	148
4	Wirtschaftliche Auswirkungen des Entwicklungsländertourismus: Wohlstandstransfer in den Süden?	150
4.1	<i>Struktur der ägyptischen Tourismuswirtschaft</i>	151
4.2	<i>Volkswirtschaftliche Verteilung der Tourismuseinnahmen</i>	153
4.3	<i>Arbeitsplatzpotenzial des Tourismus</i>	153
4.4	<i>Nachteile der Arbeitssituation im Tourismussektor und Maßstäbe ihrer Kritik</i>	154
4.5	<i>Einkommenspotenzial im Tourismus und Lebensstandard in Ägypten</i>	155
4.6	<i>Einkommenstransfers als Teil der Armutsverringerung?</i>	155
5	Fazit.....	156
Globalisierung und die Grenzen des Nationalstaats		
160		
1	Einleitung	160
2	Die These vom Ende des Nationalstaats	161
3	Zur Funktion von Grenzen	162
3.1	<i>Die militärische Funktion von Grenzen.....</i>	163
3.2	<i>Die rechtliche Funktion von Grenzen.....</i>	163
3.3	<i>Die wirtschaftliche Funktion von Grenzen</i>	164
3.4	<i>Die ideologische Funktion von Grenzen.....</i>	165
3.5	<i>Die sozialpsychologische Funktion von Grenzen</i>	166
4	Neue ideologische Grenzziehungen	167
5	Europäische Integration und Nationalstaat.....	168
6	Schlussfolgerungen: Autonomieverlust und Souveränitätswahrung des Nationalstaats	169

Globalisierung und politische Identität: Die Weltkriege als mythologischer Ursprung eines vereinten Europas?	172
1 Begriffe und Konzepte: Identitäten, Nationen, Rituale	172
2 Gedenkrituale an die Schlacht von Verdun	173
3 Gedenkrituale als Konstrukteure von politischen Identitäten	178
3.1 <i>Vom patriotischen zum europäischen Gedenken</i>	178
3.2 <i>Die Mythen der ‚Grande Nation‘ und ‚der größten Schlacht der Geschichte‘</i>	182
3.3 <i>Trikolore und Marseillaise</i>	182
4 Fazit	183
Das Konzept der „kulturellen Vielfalt“: Protektionismus oder Schutz vor kultureller Homogenisierung?	186
1 Einleitung: Globalisierung versus „kulturelle Vielfalt“?	186
2 Die Welt: Ein Mosaik von Kulturen – bedroht durch Homogenisierung? Eine Kritik an der Vorstellung von Kulturräumen	187
3 Das politische Konzept „kulturelle Vielfalt“	190
3.1 <i>Zur Dominanz der internationalen Kulturindustrien: das Beispiel Film und (national-) staatliche Kulturpolitik</i>	190
3.2 <i>Zur Liberalisierung des Kulturbereichs in internationalen Handelsabkommen und zur Etablierung des Konzepts kultureller Vielfalt</i>	192
4 Fazit: „Kulturelle Vielfalt“ als Thema der Geographie	195
Zur Zukunft der Analyse von Globalisierungsprozessen – (k)ein Sündenbock sozioökonomischer Realitäten	198
1 Das negative Image der Globalisierung, mögliche Fehlschlüsse und die „Sündenbockfunktion“	198
2 Globalisierungsforschung jenseits dichotomer Logiken	202
3 Zukünftige Herausforderungen an die Analyse von Globalisierungsprozessen	205
Autorenverzeichnis	209

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i>	Das Schrumpfen der Welt als Folge der Entwicklung neuer Transporttechnologien	32
<i>Abbildung 2:</i>	Konzeptionelle Gliederung	38
<i>Abbildung 3:</i>	Auslandsdirektinvestitionen / Kopf in US\$ (instock + outstock) im Jahr 2000	47
<i>Abbildung 4:</i>	Auslandsdirektinvestitionen / Kopf in US\$ (instock + outstock) im Jahr 2000	48
<i>Abbildung 5:</i>	Außenhandelsvolumen / Kopf in US\$ (Exporte + Importe von Gütern und Dienstleistungen) im Jahr 2000	50
<i>Abbildung 6:</i>	Außenhandelsvolumen / Kopf in US\$ (Exporte + Importe von Gütern und Dienstleistungen) im Jahr 2000	51
<i>Abbildung 7:</i>	Internationaler Telefonverkehr (ankommende + abgehende Gespräche) in Minuten / Kopf im Jahr 2000	53
<i>Abbildung 8:</i>	Internationaler Telefonverkehr (ankommende + abgehende Gespräche) in Minuten / Kopf im Jahr 2000	54
<i>Abbildung 9:</i>	Internet-Nutzer pro 1000 Einwohner im Jahr 2000	56
<i>Abbildung 10:</i>	Internetnutzer / 1000 Einwohner im Jahr 2000	57
<i>Abbildung 11:</i>	Internationale Luftfahrtpassagiere / 100 Einwohner im Jahr 1999	59
<i>Abbildung 12:</i>	Internationale Luftfahrtpassagiere / 100 Einwohner im Jahr 1999	60
<i>Abbildung 13:</i>	Internationale Touristen (Ankünfte und Abreisen) / 100 Einwohner im Jahr 2000	61
<i>Abbildung 14:</i>	Internationale Touristen (Ankünfte und Abreisen) / 100 Einwohner im Jahr 2000	62
<i>Abbildung 15:</i>	Zusammenhang zwischen den Auslandsdirektinvestitionen / Kopf in US\$ (instock + outstock) und dem BIP / Kopf in \$ (KKP)	65
<i>Abbildung 16:</i>	Zusammenhang zwischen den Auslandsdirektinvestitionen / Kopf in US\$ (instock + outstock) und dem BIP / Kopf in \$ (KKP); logarithm. Darstellung	66
<i>Abbildung 17:</i>	Zusammenhang zwischen den Auslandsdirektinvestitionen / Kopf in US\$ (instock + outstock) und dem Index bürgerlicher Freiheit	68
<i>Abbildung 18:</i>	Zentrale Determinanten des Globalisierungsniveaus	70
<i>Abbildung 19:</i>	Lohnstückkostenniveau (2004)	86
<i>Abbildung 20:</i>	Anteil am Weltexport nach Regionen (2005)	87
<i>Abbildung 21:</i>	Arbeitslosenquote gering Qualifizierter ¹⁾ (2005) in Prozent	89
<i>Abbildung 22:</i>	Ökonomische Globalisierung und Demokratisierung (1972–2002)	102
<i>Abbildung 23:</i>	Adaptionsraten nationaler Politiken von 1970–2000	124
<i>Abbildung 24:</i>	Die räumliche Ausbreitung nationaler Ökolabels 1980–2000	125
<i>Abbildung 25:</i>	Regulierung des Zinkgehalts industrieller Abwässer	129
<i>Abbildung 26:</i>	Regulierung von Elektrizitätsgewinnung aus erneuerbaren Energien	129

<i>Abbildung 27:</i>	Maximale Kohlenmonoxid-Emissionen von Fahrzeugen 1970–2000	131
<i>Abbildung 28:</i>	Maximaler Schwefelgehalt Heizöl in Vol.-%, Boxplot	131
<i>Abbildung 29:</i>	Entwicklung des globalen Tourismus von 1950–2020	142
<i>Abbildung 30:</i>	Karte der globalen Struktur des internationalen Tourismus nach Ziel- und Herkunftsregionen im Jahr 2000	144
<i>Abbildung 31:</i>	TOP-10 der touristischen Quellmärkte 2005	145
<i>Abbildung 32:</i>	TOP-10 der touristischen Destinationen 2005	146
<i>Abbildung 33:</i>	TOP-10 der touristischen Zielmärkte in Entwicklungs- ländern 2005	146
<i>Abbildung 34:</i>	Anteile der Entwicklungsländer am internationalen Tourismus 1973 und 2000	147
<i>Abbildung 35:</i>	Entwicklung der Touristenankünfte in Ägypten von 1960–2005	150
<i>Abbildung 36:</i>	Zusammensetzung der Deviseneinnahmequellen Ägyptens 2004/05	151
<i>Abbildung 37:</i>	Programm der ersten Gedenkfeier der Schlacht um Verdun (1920)	174
<i>Abbildung 38:</i>	Kranzniederlegung durch offizielle Amtsträger	175
<i>Abbildung 39:</i>	Militärparade vom Kriegerdenkmal zum Rathaus	175
<i>Abbildung 40:</i>	Ablösungsritual am Beinhaus und Soldatenfriedhof von Douaumont	176
<i>Abbildung 41:</i>	Fackelzug auf den Soldatenfriedhof von Douaumont	177
<i>Abbildung 42:</i>	Betreten des Beinhauses zur abschließenden Gedenkmesse	177
<i>Abbildung 43:</i>	Innen- und außenpolitische Themen der Ansprachen im Gedenken an die Schlacht von Verdun	179
<i>Abbildung 44:</i>	E. BANSE: Die Geographische Gliederung der Erdoberfläche	188
<i>Abbildung 45:</i>	Anwendung des Kulturerdraumkonzepts nach HUNTINGTON im Schulbuch GEOS, Klasse 7/8	189
<i>Abbildung 46:</i>	Marktanteile der Filmproduktionen in den großen EU-Staaten (2002)	191

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1:</i>	Zusammenhänge zwischen den Globalisierungsindikatoren und dem BIP sowie dem Index Bürgerlicher Freiheit	69
<i>Tabelle 2:</i>	Komparative Kostenvorteile und Wohlfahrtseffekte bei zwei Volkswirtschaften	82
<i>Tabelle 3:</i>	Mittleres Demokratieniveau nach Weltregionen	97
<i>Tabelle 4:</i>	Liste der Umweltschutzmaßnahmen	121
<i>Tabelle 5:</i>	Zahl der Regulierungen in den einzelnen Ländern	126
<i>Tabelle 6:</i>	Politikähnlichkeit (Skala von 0 bis 1)	128
<i>Tabelle 7:</i>	Beschreibung des Politikwandels bei zwölf Standards: Mittelwerte	132
<i>Tabelle 8:</i>	Regression der Veränderung auf das Ausgangsniveau von zwölf Umweltstandards	134
<i>Tabelle 9:</i>	Rangordnung der Länder nach Strenge der zwölf Umweltstandards	135
<i>Tabelle 10:</i>	Regression der Regulierungshöhe	136
<i>Tabelle 11:</i>	Arbeitsplatzpotenzial ausgewählter Wirtschaftssektoren in Ägypten	153
<i>Tabelle 12:</i>	Einkommenstransfers der in Sharm el-Sheik Beschäftigten im Jahr 2003	156
<i>Tabelle 13:</i>	Befragung zu Globalisierungsfolgen	201

Abkürzungsverzeichnis

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
CBE	Central Bank of Egypt
CD	Community of Democracies
DFID	Department for International Development
EL	Entwicklungsländer
ENVIPOLCON	Environmental Governance in Europe: The Impact of International Institutions and Trade on Policy Convergence
EU	Europäische Union
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FFA	Filmförderungsanstalt
FNS	Friedrich-Naumann-Stiftung
GAFI	General Authority for Investment
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
HDI	Human Development Index
ICAO	International Civil Aviation Organization
IGU	Internationale Geographische Union
IL	Industrielländer
International IDEA	International Institute for Democracy and Electoral Assistance
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IRI	International Republican Institute
ITU	International Telecommunication Union
IWF	Internationaler Währungsfonds
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KKP	Kaufkraftparitäten
LDCs	Least Developed Countries
MOE-Staaten	Mittel- und Osteuropäische Staaten
NDI	National Democratic Institute
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Abkürzungen

UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Program
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
WTO	World Tourism Organization
WTO	World Trade Organization
WTTC	World Travel and Tourism Council